

70/12.11.2012

## **Wechselberger zu Gesundheitsreform: Politikerreaktionen bestätigen Rationierungsabsicht**

### **Sparreform im Gesundheitswesen ignoriert Entwicklungsbedarf – Sobotka- Äußerung bedenklich**

Gelassen reagierte der Präsident der Österreichischen Ärztekammer (ÖÄK), Artur Wechselberger, auf die von einigen Politikern am Wochenende geäußerte Kritik an der Informationskampagne der Ärztekammer zur Gesundheitsreform.

„Die überschießenden Reaktionen und die Nervosität der Politiker bestätigen, dass die Sparreform für das österreichische Gesundheitswesen negative Auswirkungen haben wird“, so der Ärztepräsident Montag in einer Aussendung. Gesundheitsminister Alois Stöger, die Wiener Gesundheitslandesrätin, Sonja Wehsely, und der niederösterreichische Finanzlandesrat, Werner Sobotka, hatten Samstag laut gegen die Ärztekammer opponiert.

Die verantwortlichen Politiker seien nun gezwungen, ihr Geheimpapier über die Gesundheitsreform offenzulegen und sachlich auf die Vorwürfe und Sorgen der Ärzteschaft einzugehen. Wechselberger zur Forderung des niederösterreichischen Finanzlandesrates Sobotka, die Kammern, insbesondere die Ärztekammer, abzuschaffen: „Diese Aussage will den freien Berufen den Mund verbieten. Sie zeigt, dass manche Politiker in Österreich äußerst bedenkliche Vorstellungen über das Prinzip der Subsidiarität und eine demokratische Diskussionskultur haben.“

Wenn bis zum Jahr 2016 im österreichischen Gesundheitswesen 3,4 Milliarden Euro eingespart werden müssten, dann stehe das in krassem Gegensatz zu den Bedarfsprognosen, so Wechselberger. Denn dieser Ansatz berücksichtige weder den steigenden Anteil älterer, mehrfach kranker Menschen, noch die zunehmenden chronischen, lebensstilbedingten Erkrankungen oder die Fortschritte der Medizin. Die Bindung der Gesundheitsausgaben an das Wirtschaftswachstum wiederum führe bei schlechter Konjunktur direkt in eine Mangelverwaltung. Auch seien bereits jetzt massive Auswirkungen laufender Einsparungen im Gesundheitswesen erkennbar. Wechselberger: „Spitalsärztstellen bleiben unbesetzt, die meisten Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern arbeiten hart am Limit. Ordinationen und Kassenstellen können aufgrund widriger Bedingungen nicht mehr besetzt werden.“

Die Politik sei daher dringend aufgefordert, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken und nicht Sand in die Augen zu streuen, sagte der ÖÄK-Präsident abschließend.(ms)